Unmut im Ansbacher Stadtrat über Haltung des Staatlichen Bauamtes zum B14-Umbau

„Weißwurst-Knoten" ist unerwünscht

Amtsleiter: Aufwändigere Lösungen nicht durchsetzbar – „Das gibt noch ein Stuttgart 21"

ANSBACH (mhz) – Wie geht es auf der B 14 im Osten der Stadt nun weiter? Nach der deutlichen Stellungnahme von Helmut Arndt, dem Leiter des Staatlichen Bauamtes, für eine doppelte Ampellösung sieht Oberbürgermeisterin Carda Seidel erneuten Beratungsbedarf. Wie berichtet, will die Stadt einen Kreisverkehr, um sowohl das Urlasgebiet als auch die Rummelsberger und die Hochstraße anzubinden. Die zuletzt erarbeitete recht großzügige höhenfreie Anlage hatte das Gremium Ende Juni wegen verschiedener Einwände abgelehnt.

Macht sich für eine doppelte Ampel-Anlage an der Bundesstraße 14 im Osten der Stadt Ansbach stark: Helmut Arndt, Leiter des Staatlichen Bauamtes. *Foto: Archiv*

Ratlosigkeit kennzeichnete die Gesichter von Stadtvertretern und Stadträten, als Helmut Arndt, Leiter des Staatlichen Bauamtes, im Gremium deutlich machte, dass aus seiner Sicht nur eine bedarfsgesteuerte Ampelanlage alle Bedingungen der Stadt erfüllt: Mit insgesamt rund 1,5 Millionen Euro vergleichweise geringe Kosten, weniger Landverbrauch und kaum Umwege für die Nutzer. Zusätzlich könnte laut Arndt nicht zuletzt mit der notwendigen Beschränkung der Geschwindigkeiten auf 60 oder 70 Stundenkilometer die Verkehrssicherheit entscheidend verbessert werden; hier seien die Einmündungen in die B 14 nach wie vor als Unfallschwerpunkte zu werten, meinte er. Laut dem Ampel-Vorschlag würde der Urlas rund 200 Meter südwestlich des Soldatenweihers an die B 14 angebunden; eine Lösung, die komplett auf bundeseigenem Gelände zu realisieren wäre. Sollte man sich rasch dafür entscheiden, könnte man zudem die rund 100 000 Euro für das Provisorium sparen, mit dem 2011 der erste Urlas-Bauabschnitt erschlossen werden soll.

Als „Kompromiss" bot der Amtsleiter zudem an, für das Hotel Windmühle eine Linksabbiegerspur zu bauen, damit das Gebiet auch aus der Stadt heraus erreichbar bleibt. Doch würde man damit nicht alle Sicherheitsprobleme an der Stelle lösen, warnte er und verwies auf die Steilheit der Strecke sowie die nach wie vor nötige Querung zweier Gegenfahrbahnen.

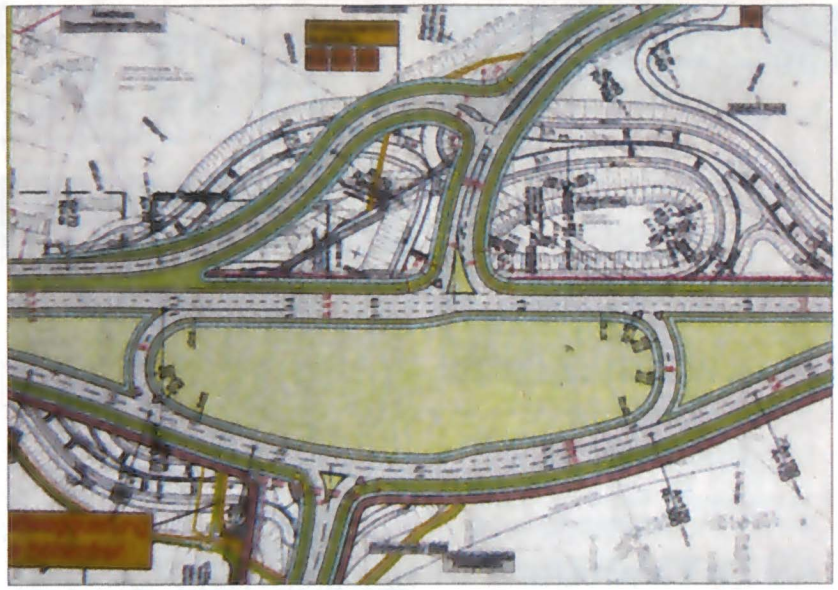
Alle anderen Lösungen *(siehe gesonderte Berichte)* sind nach Arndts Worten entweder wesentlich teurer, verbrauchen mehr Land, entsprechen nicht den Sicherheitsanforderungen, bringen Staugefahren mit sich oder nötigen Fußgängern und Radfahrern lange Umwege auf. So auch etwa eine wegen ihrer Form als „Weißwurst-Knoten" bezeichnete Kreisfahrbahn, die allerdings mit 3,4 Millionen Euro deutlich teurer als eine Ampel käme.

Deshalb zweifelte der Amtsleiter daran, ob man angesichts der einfachen Ampellösung ein Planfeststellungsverfahren für eine der aufwändigeren Varianten überhaupt ausreichend begründen und nötigenfalls auch vor Gericht durchstehen könnte. Zudem erinnerte er an das Verdikt aus München, demzufolge es keinen Kreisverkehr auf einer vierspurigen Straße geben werde. Den abgelehnten höhenfreien Anschluss hätte er hingegen als sichere „Standardlösung" jederzeit vertreten können.

Baukosten zu Lasten des Bundes und der US-Armee

Die Kosten für notwendigen Leitungsverlegungen durch die Stadtwerke liegen demnach zwischen 0,2 und 0,6 Millionen Euro, je nach Dimensionen des Bauwerks. Vereinbarungsgemäß müsste der jeweilige Versorger wie auch N-Ergie oder Telekom dafür aufkommen, erläuterte Baureferent Jochen Büschl der FLZ. Die Kosten für den Straßenbau hingegen teilten sich Bund und US-Armee; die Stadt falle bei der Anbindung von Rummelsberger und Hochstraße wegen des geringen Verkehrsaufkommens von weniger als 1000 Fahrzeugen täglich wohl unter die „Bagatellgrenze".

Auch die von Martin Porzner (SPD) und Boris-André Meyer (Offene Linke) favorisierte dezentrale Anbindung des Urlas über die Staatsstraße 2248 in Richtung Bruckberg fand beim Amtsleiter keine Gnade. Der Obereichenbacher Knoten sei nach einer Optimierung leistungsfähig genug, einen Kreisel brauche man dort nicht. Doch gestaltet sich die Ableitung des Verkehrs auf den Urlas problematisch, da laut Arndt der Platz für die notwendigen Sonderspuren nicht ausreicht und die Sichtverhältnisse wegen der Brücke ungünstig sind. Zudem mache die US-Armee Sicherheitsbedenken geltend, sollte man den Verkehr über die Shipton-Kaserne leiten wollen.



Im Kreisel der „Weißwurst": Der Stadtrat durfte sich jetzt mit allen möglichen Alternativen für einen Umbau der B 14 im Osten befassen, darunter auch diese Kreisfahrbahn in Form der bayerischen Spezialität. *Grafik: Bauamt*

Sichtlich unzufrieden war Oberbürgermeisterin Carda Seidel, aber auch viele Stadträte, die immer wieder auf ihrem Wunsch nach einem Kreisverkehr auf der B 14 bestanden; schließlich funktioniere das andernorts doch auch. Eine Ampel stoppe den Verkehr, hieß es und sollte der Urlasanteil von rund 5000 Fahrzeugen vorher abgezweigt werden, reiche ein Kreisel vielleicht doch aus. Einzig Dr. Paul Kupser (Freie Wähler) rief dazu auf, die dargelegten Fakten zur Kenntnis zu nehmen und nicht „schöngeistigen Dingen" nachzuhängen.

Und auch die Frage der OB, ob das Bauamt nicht die Kritikpunkte der Stadt an der abgelehnten Variante berücksichtigen könne, fruchteten nichts. Außer Maßnahmen gegen Lärm und Schleichverkehr an der Rummelsberger Straße, was ohnehin Sache der Stadt sei, und der Aufweitung der Alten Reichsstraße, womit man der Stadt eigentlich einen Gefallen habe tun wollen, enthielten die Einwände „nichts von Substanz", konterte Arndt. Hier erntete er sofort den scharfen Widerspruch von Baureferent Jochen Büschl „von Kollege zu Kollege".

Unmut machte sich hiernach auch in einer kurzen Sitzungspause Luft. „Das gibt noch ein Stuttgart 21", hieß es drohend und: „Das ist wie das Hornberger Schießen: Die Stadt votiert erst gegen den Planfeststellungsknoten, die OB bringt ihn dann wieder ins Gespräch." Aber auch Resignation machte sich schleichend breit. Die Ampel werde wohl kommen, meinte einer achselzuckend, „es ist nur noch die Frage, ob mit dem oder gegen den Stadtrat."